



# Behörde für Arbeit, Soziales, Familie und Integration

---

## Ergebnisse der Plenumssitzung des Integrationsbeirates am 11. Juni 2019 in der Handwerkskammer

### Erläuterung der Tagesordnung

**Frau Staatsrätin Lotzkat** begrüßt stellvertretend für **Frau Senatorin Dr. Stapelfeldt**, die sich verkehrsbedingt etwas verspätet, die Mitglieder des Integrationsbeirates zur Plenumssitzung.

TOP 1	Feststellung der Beschlussfähigkeit
TOP 2	Protokoll der Plenumssitzung vom 19.03.2019
TOP 3	Vorstellung der von der Behörde für Stadtentwicklung und Wohnen (BSW) wahrgenommenen Aufgaben
TOP 4	Austausch zu integrationspolitischen Themen der Behörde für Stadtentwicklung und Wohnen (BSW)
TOP 5	Verschiedenes

#### **TOP 1 Feststellung der Beschlussfähigkeit**

Die Beschlussfähigkeit wird festgestellt.

#### **TOP 2 Protokoll der Plenumssitzung vom 19.03.2019**

Das Protokoll der Sitzung wird ohne Änderungen angenommen.

#### **TOP 3 Vorstellung der von der Behörde für Stadtentwicklung und Wohnen (BSW) wahrgenommenen Aufgaben**

Frau Senatorin Dr. Stapelfeldt begrüßt die Beiratsmitglieder. Sie stellt die anwesenden Kolleginnen und Kollegen der einzelnen Arbeitsbereiche der BSW sowie die Vertreter der SAGA vor und erklärt anhand des Organigramms der BSW (Anlage 1) deren Aufgaben. Anschließend erläutert Frau Senatorin Dr. Stapelfeldt ausführlich die wohnungsbau- und stadtentwicklungspolitischen Ziele und Maßnahmen der BSW (eine Hamburg-Karte der Flüchtlingsunterkünfte mit der Perspektive Wohnen wurde verteilt, Anlage 2):

- Der Senat hat die Wohnungsbaupolitik zu einem seiner Schwerpunkte erklärt und treibt den Wohnungsbau seit 2011 massiv voran. Hamburg soll eine „Stadt für alle“ bleiben, in der auch Menschen mit geringem Einkommen gut leben können. Bei fast

allen größeren Wohnprojekten schreibt die Stadt den sogenannten „Hamburger Drittmix“ vor: Ein Drittel der Neubauwohnungen muss aus Sozialwohnungen bestehen, je ein Drittel ist freifinanziert bzw. als Eigentumswohnungen zu realisieren.

- Damit bestehende günstige Wohnungen auch bezahlbar bleiben und die Bewohnerinnen und Bewohner nicht zum Beispiel durch Mietwucher oder durch Luxusmodernisierungen verdrängt werden, hat der Senat eine Reihe von Verordnungen erlassen: zur Mietpreisbegrenzung, zur Umlegbarkeit von Modernisierungskosten und zum Kündigungsschutz, außerdem eine Zweckentfremdungsverordnung sowie elf Soziale Erhaltungsverordnungen verbunden mit einer Umwandlungsverordnung. Die städtische Wohnungsbaugesellschaft SAGA mit ihren rund 134.000 günstigen Wohnungen in Hamburg bleibt im Besitz der Stadt.
- Der Bau von Häusern und Wohnungen soll billiger werden. Dafür gibt es unter anderem sogenannte Typengenehmigungen und auch Projekte für den sogenannten 8-Euro-Wohnungsbau, bei denen Neubauwohnungen nicht mehr als 8 Euro Kaltmiete pro Quadratmeter kosten.
- Hamburg baut aktuell 3.000 Sozialwohnungen pro Jahr. Dabei wird die Mietpreisbindung, die bestimmt, wie lange eine Wohnung eine Sozialwohnung bleibt, im Regelfall von 15 auf 20 Jahre verlängert. In den nächsten zehn Jahren sollen außerdem 2.000 Wohneinheiten für Studierende und Auszubildende geschaffen werden.
- Mit verschiedenen Förderprogrammen für die Anbieter von Wohnungen verbessert die BSW auch die Lage der sogenannten „vordringlich Wohnungssuchenden“. Dies sind zum Beispiel Frauen aus Frauenhäusern, Menschen ohne Wohnsitz, aber auch Geflüchtete, die nach Hamburg kommen.
- „Flüchtlingsunterkünfte mit der Perspektive Wohnen“: Dabei handelt es sich um neu gebaute Wohnungen in gutem Standard, wie ihn ansonsten die Wohnungsgenossenschaften oder die SAGA anbieten. Demnächst gibt es rund 8.000 Plätze für Geflüchtete in rund 2.000 Wohnungen, die später allen Interessierten zur Verfügung gestellt werden sollen, womit sich die Belegung fast automatisch mischt. Gleichzeitig werden Zuwanderer aus öffentlichen Unterkünften in privaten Wohnraum vermittelt– 3.570 Personen im vergangenen Jahr.
- Rahmenprogramm Integrierte Stadtteilentwicklung (RISE): Damit fördert die Stadt Hamburg lebendige, stabile Quartiere und den sozialen Zusammenhalt in der Stadt. RISE bildet das Dach für die verschiedenen Programme der Bund-Länder-Städtebauförderung in Hamburg.
- Selbstständige mit ausländischen Wurzeln werden aus RISE-Mitteln und dem Europäischen Sozialfonds (ESF) in gleich mehreren RISE-Fördergebieten wie in der Harburger Innenstadt, im Zentrum Neugraben, an der Fuhlsbüttler Str. oder in Altona-Altstadt gefördert. Dort werden Betriebsinhaberinnen und Betriebsinhaber von kleinen und Kleinstunternehmen, Beschäftigte und Selbstständige durch Qualifizierungsmaßnahmen und individuelle Coachings unterstützt.
- In den RISE-Fördergebieten geht es auch immer darum, die Bewohnerinnen und Bewohner zu motivieren, sich aktiv an der Quartiersentwicklung zu beteiligen. Das freiwillige Engagement wird durch das Quartiersmanagement, durch Stadtteilbüros als

Treffpunkt und mithilfe der Stadtteil- oder Quartiersbeiräte gefördert. Mit dem Verfügungsfonds können kleinere Maßnahmen finanziert werden.

- In allen RISE-Stadtteil- oder Quartiersbeiräten sollen Menschen mit Migrationshintergrund oder Vertreterinnen und Vertreter von Migrant\*innenorganisationen einbezogen sein.

## TOP 4 Austausch zu integrationspolitischen Themen der BSW

In einem ausführlichen Austausch werden von den Beiratsmitgliedern eingebrachte Themen und Fragestellungen erörtert.

Nachfolgende Themen wurden u.a. angesprochen:

- Vergabekriterien für die Wohnungsbelegung der SAGA
- Probleme bei Untermietverhältnissen
- Verbleib von Angehörigen von Mieterinnen und Mietern nach deren Versterben
- Ziele und Maßnahmen des Programms RISE (Rahmenprogramm Integrierte Stadtteilentwicklung, [siehe Anlage 3](#))
- Vermittlung von Wohnraum an besonders bedürftige Personengruppen
- Aufgaben der Fachstellen für Wohnungsnotfälle und des neuen Einzugsmanagements der Bezirke

Da nicht alle angesprochenen Themen in der Sitzung geklärt werden können, sollen folgende Fragestellungen/Aspekte im Nachgang nachgereicht bzw. weitergeleitet werden:

- Benennung aktueller Zahlen zur Wohnungssituation in Hamburg  
Hierzu benennt die BSW im Nachgang zur Sitzung folgende Zahlen:  
Fast 88.000 Wohnungen wurden seit 2011 genehmigt, jedes Jahr kommen mindestens 10.000 dazu. 55.700 Wohnungen wurden bis Ende 2018 fertiggestellt, davon allein 14.500 sogenannte Sozialwohnungen für Menschen mit geringem Einkommen.
- Das von Frau Rogacka-Michels eingebrachte Thema der adressatengerechten Ansprache an Selbstständige, die von Baumaßnahmen betroffen sind, soll zu einem späteren Zeitpunkt unter Einbeziehung der hierfür zuständigen Bezirksämter konkret besprochen werden.

## TOP 5 Verschiedenes

Das Sprecherteam des Beirats hatte der BASFI im Vorwege der Plenumsitzung eine Resolution zum Thema Rassismus zugesandt. Da die Vorlage sehr kurzfristig eingereicht wurde, wurde beschlossen, die Abstimmung der Resolution mit den Beiratsmitgliedern über einen Umlaufbeschluss zeitnah nach der Sitzung durch die BASFI zu veranlassen.

Nachtrag zum Protokoll:

Die Resolution wurde am 28.6.2019 im Umlaufbeschluss mit 2 Gegenstimmen beschlossen und am 8.7.2019 unter <https://www.hamburg.de/basfi/arbeitsweise/> veröffentlicht.

Silvia Neumann